

FRAGE

Die unter der Schuldenkrise leidenden Banken haben Ende Februar von der EZB eine weitere Geldspritze von rund 530 Milliarden Euro erhalten. Bereits im Dezember hatten sich Banken insgesamt 489 Milliarden Euro von der EZB geliehen.

Halten Sie diese erneute Geldspritze zur Stabilisierung der Konjunktur in der Euro-Zone grundsätzlich für geeignet?

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Alle anderen Möglichkeiten sind ausgeschöpft oder nicht finanzierbar.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Andernfalls wäre wohl nicht damit zu rechnen, dass die Banken Kredite weitergeben. Es gilt, eine Kreditklemme in Europa zu vermeiden.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Bei der Wirtschaft ist bisher wenig in Form von Krediten angekommen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Besonders schwach ist die Konjunktur in den südeuropäischen Ländern. Dort neigen die Banken dazu, mit der so günstig bereitgestellten EZB-Liquidität höherverzinslichen Staatspapiere des eigenen Landes zu kaufen und dabei ordentlich zu verdienen. Die Kreditgewährung an Unternehmen und private Haushalte wird dagegen nicht hinreichend ausgeweitet, so dass die Investitions- und Konsumnachfrage schwach bleibt.

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Die EZB verhindert eine Eskalation der Vertrauenskrise. Die Entspannung im Bankensektor wird der Konjunktur genauso helfen wie sie bereits die Finanzmärkte stabilisiert hat.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Die Geldspritze dient vor allem der Stabilisierung des Banken- und Finanzsystems und stützt dadurch indirekt die Konjunktur.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die Geldspritze geht weit über das hinaus, was im Interesse der Konjunkturstabilisierung angemessen ist und erhöht das Inflationsrisiko.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Konjunktur im Euroraum leidet nicht an Geldmangel, sondern am Entzug der schuldenfinanzierten Staatsnachfrage. Da müssen wir aber durch, die Ersatzdroge Geld kann nur die Symptome der Entziehungskur etwas abmildern.



Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Konjunktur wird dadurch nur in geringem Ausmaß angekurbelt.

Prof. Dr. Horst Schellhaab Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Die Konjunkturprobleme in einigen Euro-Ländern sind struktureller Natur, die sich nicht durch zusätzliche Liquidität beseitigen lassen.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die langfristige Bereitstellung von Liquidität (dreijährige Refinanzierungsgeschäfte für Banken mit voller Zuteilung) dient dazu, einer Kreditverknappung mit potenziell negativen Auswirkungen auf die Realwirtschaft entgegenzuwirken.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Die Langfristrisiken sind nicht beherrschbar.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Liquiditätsschwemme hat vor allem dazu beigetragen, die Spreads auf den Staatsanleihen einiger hoch verschuldeter Staaten wie Italien zu senken. Der hierin zum Ausdruck kommende Optimismus stützt auch die Konjunktur.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Eine "Geldspritze" ist nur geeignet, spekulative Blasen auf Wertpapier- und Immobilienmärkten zu erzeugen. Dort führt der Überhang der Wachstumsrate von M3 zu Wirkungen, die das Kurs- und Preisgefüge verzerren und künftige Einbrüche vorprogrammieren.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Eine Fortsetzung der expansiven Geldpolitik erhöht die konjunkturellen Unsicherheiten und wirkt rezessiv.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Eine Kreditklemme liegt jedenfalls in Deutschland nicht vor.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Es dient zum "Auftauen" des Geldmarktes und hilft gegen eine Kreditklemme.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz-Dieter Wenzel Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Otto-Friedrich-Universität Bamberg:

Es gibt eine Inflationsgefahr auf mittlere Sicht.



Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Es gibt momentan keine tragbare Alternative.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es gibt zu viele falsche Marktsignale.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Es handelt sich um ein konjunkturelles Strohfeuer.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es muss allerdings sichergestellt werden, dass die EZB die Liquidität wieder aufsaugen kann, wenn die Kreditmärkte in der Eurozone wieder nach altem Muster arbeiten.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Es wird der EZB zunehmend schlechter gelingen, das Geld zu neutralisieren - und die Inflationserwartungen steigen. Zudem unterstützt es langfristige realwirtschaftliche Fehlentwicklungen.

Prof. Dr. Michael Roos Lehrstuhl für Makroökonomik, Ruhr-Universität Bochum:

Im realen Sektor kommt wenig von dieser zusätzlichen Liquidität an, weil sie die Banken wieder bei der EZB parken.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

In dem Umfang geeignet, wie die Liquiditätszufuhr helfen kann, einer Kreditverknappung in den schwachen Euro-Staaten zu begegnen.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Ja, obwohl die Gefahren für die Geldentwertung und künftige Inflation damit nicht übersehen werden dürfen. Es ist eine Gratwanderung, um eine Vertrauens- und Liquiditätskrise der Banken (wie sie bereits einmal vor wenigen Jahren drohte) im Angesicht der Staatsschuldenkrise und damit verbundener Dominoeffekte zu vermeiden.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Ja. Es gilt eine Kreditklemme zu verhindern.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Jedenfalls für den Fall, dass die Währungsunion mit dem Euro aus europapolitischen Gründen erhalten bleiben soll.



Prof. Dr. Tim Krieger Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Paderborn:

Konjunkturfördernde Zinseffekte sind kaum erkennbar, insofern erscheinen Umfang und Risiken dieser Operation zu hoch.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Konjunkturstabilisierung ist nicht das Primärziel der EZB und auch nicht die Motivation für diese Maßnahme. Ziel der EZB ist es in diesem Fall, das Bankensystem zu stabilisieren. Das ist im Prinzip durchaus vernünftig, aber in der Dimension der Maßnahme zu hoch. Es war ein Fehler, volle Zuteilung zu wählen. Die Gefahren hoher zukünftiger Inflation sind enorm.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Man muss Spanien und Italien eine Change geben, ihre Reformen umzusetzen und wirken zu lassen. Dazu brauchen sie die Möglichkeit, sich vernünftig refinanzieren zu können, da der Rettungsschirm sie nicht wird retten können.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Mir scheint dies eine geschickte Maßnahme zu sein, um die (sehr ernsthafte) Gefahr einer durchaus möglichen Liquiditätskrise zu bannen.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Natürlich "beruhigt" die Maßnahme den Finanzsektor. Die Gefahr künftiger Inflationszunahmen ist jedoch höher zu gewichten.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Nur die EZB verfügt derzeit über die Munition, die Vertrauenskrise am Interbankenmarkt effektiv einzudämmen.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Nur Geldpolitik kann kurzfristig die Konjunktur beeinflussen.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Ohne diese Maßnahme hätte eine Bankenkrise im Euroraum gedroht, die die Konjunktur erheblich gedämpft hätte.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Sie verbessert die Lage der Banken. Eine weitere Zinssenkung würde allerdings zusätzlich stabilisieren.



Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Wo landet denn diese ganze Liquidität? Doch offenbar nicht im regulären Kreditgeschäft der Banken.

FRAGE

Halten Sie diese Geldspritze zur Stabilisierung des Banken- und Finanzsystems grundsätzlich für geeignet?

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Südeuropäische Banken sind erheblich gefährdet.

Prof. Dr. Tim Krieger Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Paderborn:

Zwar wird das Banken- und Finanzsystem kurzfristig stabilisiert, aber zugleich verursacht die günstige Finanzierungsquelle eine wirkliche Restrukturierung insbesondere der Bankenbranche, indem schmerzhafte Einschnitte weniger dringlich erscheinen. Dies zieht die Gesundung des Banken- und Finanzsystems zeitlich in die Länge, so dass das System auch längerfristig nicht gesundet und damit potenziell Rückschlägen oder neuen Krisen Vorschub leistet.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Zusätzliche Liquidität ist derzeit offensichtlich notwendig.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Zumindest für die kurzfristige Stabilisierung. Die Politik hat sich leider in eine Lage hineinmanövriert, in der selbst sehr "problembeladene" Maßnahmen unumgänglich sein können.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Solange der Interbankenmarkt nicht funktioniert, müssen die Geschäftsbanken von der EZB mit Liquidität versorgt werden, um Schlimmeres zu verhindern.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Solange das Misstrauen zwischen Banken herrscht, ist die Geldspritze notwendig. Wenn die Griechenland-Umschuldung vorbei ist und die Märkte zu Spanien und Italien wieder größeres Vertrauen gefasst haben, kann man auf weitere Spritzen verzichten.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Sie wirkt einer Kreditklemme entgegen und ist somit hilfreich. Als Nebeneffekt sind auch Stabilisierungstendenzen am Anleihemarkt in den Problemländern erkennbar.



Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Notwendig, aber nicht hinreichend. Die Banken benötigen nicht nur Liquidität, sondern vor allem auch neues Kapital.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Mit den im Dezember bekannt gegebenen neuen Maßnahmen – u.a. Dreijahrestender mit voller Zuteilung und geringere Anforderungen für die Sicherheitshinterlegungen – unterstreicht die EZB ihre Rolle als „lender of last resort“ für Banken und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Banken- und Finanzsystems.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Kurzfristig ja. Mittelfristig muss die europäische Schuldenkrise gelöst werden, da sie die Bankbilanzen belastet.

Prof. Dr. Matthias Wrede Lehrstuhl für Sozialpolitik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Kurzfristig gibt es einen stabilisierenden Effekt, ja.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Ja, obwohl das so nicht im EU-Vertrag vorgesehen war.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Ja, aber man muss die dadurch gewonnenen Zeit dazu nutzen, um die Solvenzprobleme einer überzeugenden Lösung näher zu bringen.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Ich sehe keine Alternative dazu, selbst wenn die langfristigen Inflationsgefahren nicht unterschätzt werden sollten.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Hier werden lediglich die Versager gestützt und seriöse Institute mit unnötigen Sonderprofiten versorgt. Der krisenanfällige Zustand wird hierdurch unnötig verlängert. Profiteure sind allerdings die Schuldenstaaten, die auf diese Weise vom billigen Geld profitieren können.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Grundsätzlich muss ein Banken und Finanzsystem so gestaltet sein, dass es ohne dergleichen Eingriffe auskommt.



Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung ,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Es verzögert nur die Anpassung an die klare Erkenntnis, dass vor dem Hintergrund des Misstrauens unter den Banken ein wettbewerbliches Aussortieren nötig ist. Zombie-Banken werden nicht benötigt.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Es ist möglich, dass eine Stabilisierung des Finanzsystems auf diesem Weg gelingt, aber keinesfalls sicher. Der Weg ist daher enorm riskant.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie,
Universität Bayreuth:

Es handelt sich um eine bloße Symptombekämpfung!

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Die Ursachen der Krise werden dadurch nicht bekämpft, nur die Symptome gelindert. Zudem trägt die Last letztlich der Steuerzahler, was wieder eher destabilisierend wirken kann (Konsumeinbruch, etc.).

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Die Sicherung der Liquidität verschafft den notwendigen Spielraum zur Bereinigung vieler Bilanzen.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule
der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Geldspritzen sind als temporäre Hilfen für kriselnde Banken geeignet.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die Geldspritze scheint ja als ein Ziel die Finanzierung der maroden Staatshaushalte zum Ziel zu haben. Dies ist abzulehnen.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Der Vertrauensverlust innerhalb der Bankenlandschaft erfordert diese Maßnahme.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Den Banken fehlt Eigenkapital, nicht zusätzliche Darlehen der EZB.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist ein eher gefährliches Kurieren an den Symptomen. Vertrauen unter den Banken wird es erst wieder geben, wenn eine dauerhafte Lösung der staatlichen Schuldenkrise in Sicht ist.



Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Das Banken- und Finanzsystem ist nicht so instabil, wie es interessierte Kreise immer wieder behaupten. Die Geldspritze verschafft vielen Banken risikolose Gewinne.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Da sich die Banken schon wieder gegenseitig nicht mehr über den Weg trauen, ist das eine passende Ersatzlösung für den Interbankenmarkt.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Banken und Sparkassen in den Krisenländern, die kein tragfähiges Zukunftskonzept haben, werden künstlich am Markt gehalten. Zur Lösung der Finanzkrise gehört auch die Marktberreinigung im Bankensektor.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Auch der zweite Dreijahres-Tender wird den europäischen Bankensektor stützen. Allerdings muss klar gesehen werden, dass die Liquiditätszufuhr eine besondere Hilfsmaßnahme ist, mit der Zeit gewonnen wird. Die Maßnahme kann weder einen funktionsfähigen Interbankenmarkt ersetzen, noch die Staatsschuldenkrise lösen.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Angesichts des nach wie vor gestörten Interbankenmarktes ist die Liquiditätsversorgung durch die Notenbank für ein funktionierendes Banken- und Finanzsystem essentiell.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Allerdings nur, wenn die Mittel auch zur Rekapitalisierung maroder Banken führen.

FRAGE

Angesichts der zuletzt deutlich gestiegenen Spritpreise ist erneut eine Debatte über eine mögliche Entlastung der Autofahrer entbrannt. Die FDP hat sich für eine Erhöhung der Pendlerpauschale ausgesprochen. Halten Sie eine entsprechende Entlastung für richtig?

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Arbeit beginnt am Werkstor.

Prof. Dr. Claus Schnabel Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg:

Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Wahl des Wohn- und Arbeitsortes zu beeinflussen. Die Absetzbarkeit von Fahrtkosten zum Arbeitsplatz subventioniert faktisch die Zersiedlung der Landschaft.

Prof. Dr. Andreas Ziegler Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung ,
Universität Kassel:

Aus ökologischer und ökonomischer Sicht würde eine solche zusätzliche Subvention nur Sinn machen, wenn sie sich ausschließlich auf umweltfreundliche Verkehrsmittel bezieht. Dies scheint aber derzeit kaum durchsetzbar.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die Pendlerpauschale sollte sicherlich in angemessener Relation zu den Fahrtaufwendungen der Arbeitnehmer sein. Von Zeit zu Zeit sollte ihre Höhe deshalb auch überprüft werden. Kurzfristige Schwankungen der Benzinpreise sind dafür aber kein Anlass. Immerhin hatten wir 2008 bereits einmal ein nahezu gleich hohes Benzinpreisniveau. Steuerpolitische Ad-hoc-Entscheidungen sollten vermieden werden.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für
Wirtschaftsforschung e.V.:

Die Mobilitätskosten sowohl für Pkw als auch den ÖPNV sind in den vergangenen Jahren gestiegen.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Die Pendlerpauschale gehört abgeschafft. Gerade eine liberale Partei, die sich in der Vergangenheit gegen überbordende Subventionen gestellt hat, sollte hier konsequent sein.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Die Idee der Pauschale ist, dass sie die tatsächlichen Kosten abbilden soll; das erfordert eine Anpassung. Ob die Pauschale sinnvoll ist oder nicht, ist eine andere Frage.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Der Finanzminister hat nichts zu verschenken!

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und
öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Man sollte Entfernung zum Arbeitsplatz nicht auch noch subventionieren.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Da die Pendlerpauschale Werbungskosten abdecken soll, sähe eine Erhöhung bei gestiegenen Kosten passend aus. Angesichts des enormen Steueranteils ist der Benzinpreis aber ein politischer Preis. Eine Absenkung der Steuer zur Anpassung der deutschen Benzinpreise an die der Nachbarländer wäre vorzuziehen.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Die Einkommensteuer soll sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit richten. Steigende Benzinpreise sollten dementsprechend zu höheren Werbungskosten führen.



Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Man kann Steuerpolitik nicht nach dem Ölpreis ausrichten. Das ist purer Aktionismus.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die Wahl des Wohnortes ist eine private Angelegenheit, die keine steuerliche Vergünstigung benötigt.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Diskretionäre Maßnahmen in diesem Bereich scheinen nicht sinnvoll. Außerdem sollte die Reduktion der Schuldenquote Priorität gegenüber Steuergeschenken haben.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Die Pendlerpauschale sollte sich an den Kosten orientieren und wenn die steigen, ist es nur richtig, auch die Pauschale in regelmäßigen Zeitabständen anzupassen.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das wäre steuersystematisch konsequent, denn berufsbedingte Kosten dürfen nicht auch noch besteuert werden. Es sollte aber nur ein durchschnittlich langer Weg zur Arbeit steuerlich absetzbar sein, denn die Wohnortwahl ist wiederum Privatsache.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Sie ist aus genau demselben Grund richtig, aus dem auch die Pendlerpauschale als solche durchaus finanzwissenschaftlich gerechtfertigt ist. Der Satz entspricht offenkundig nicht mehr den heutigen Verhältnissen, sondern eher den vor 20 Jahren.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Steuerrechtlich ist eine Erhöhung auf jeden Fall geboten.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es wäre grundsätzlich falsch, die Autofahrer von Preissignalen abzuschotten. War die FDP nicht einmal die Anwältin der Marktlogik?

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Die Pendlerpauschale bietet geradezu groteske Missbrauchsmöglichkeiten.



Prof. Dr. Tim Krieger Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Paderborn:

Hohe Spritpreise sind nichts anderes als ein wichtiges, wenn auch extrem ärgerliches Preissignal, auf das die Marktakteure mittel- und langfristig reagieren. Fahrtstrecken werden kürzer, Autos sparsamer, alternative Energieformen angereizt, was alles positiv für die Umwelt ist. Höhere Pendlerpauschalen sind dagegen Steuersubventionen und lösen damit zusätzliche gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsverluste aus.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Belastung der Auto-Mobilität darf nicht weiter ansteigen.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Das führt zu kurzfristiger Willkür. Soll die Pendlerpauschale wieder gesenkt werden, wenn die Spritpreise sinken?

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Sollte der Euro noch schwächer werden, werden umfassendere Maßnahmen diskutiert werden.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Zum einen partizipiert der Staat schleichend an der Erhöhung der Spritpreise, was ordnungspolitisch nicht gerechtfertigt ist (fiskalpolitisch aber gewünscht sein mag). Zum anderen beginnen die steigenden Spritpreise auf dem inzwischen erreichten Niveau auch eine hemmende Wirkung auf die Wirtschaft zu entfalten.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Individualmobilität wird in Deutschland ohnehin schon sehr stark gefördert.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Besser wäre eine Entrümpelung des Steuerrechts - mit "Klein-Klein" wird das immer weiter hinausgeschoben.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die Höhe der Pendlerpauschale sollte zwar regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Eine Veränderung je nach aktueller Marktlage beim Rohöl sollte aber nicht erfolgen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die Mobilität der Beschäftigten muss gestärkt werden!



Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Kraftstoffpreise haben wichtige Signalwirkungen für Verbraucher und Autohersteller.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Erhöhung ist eine Anpassung an den tatsächlich gezahlten Aufwand.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Es besteht eine Allokationsverzerrung: Auf dem Land ist das Preisniveau niedriger als in der Stadt, was die Kosten des Pendelns bereits ausgleicht - wozu sollte die Pauschale dann dienen? Pendlerpauschale ist nur Klientelpolitik.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Ich wäre für eine Steuerstrukturreform ohne Ausnahmen und mit niedrigen Steuersätzen. Eine Intensivierung der Ausnahmen wirkt eher weiter verzerrend.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Die Erhöhung der Benzinpreise ist der deutschen Volkswirtschaft von außen auferlegt. Deshalb ist diese Verschiebung der relativen Preise von jedem einzelnen zu tragen.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Es erhöht die Flexibilität der Arbeitnehmer und gleicht höhere Kosten aus.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Pendler profitieren im Regelfall von niedrigen Mieten oder niedrigen Immobilienpreisen "auf dem flachen Land". Die Pendlerpauschale sollte abgeschafft werden.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Schon die bestehende Entfernungspauschale lässt sich ökonomisch nicht sauber begründen. Bei der Entscheidung für einen Wohnort entfernt vom Arbeitsort spielen individuelle Präferenzen (Wohnen „im Grünen“, niedrigere Mieten und Grundstückspreise) eine maßgebliche Rolle. Die Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsort sind also auch privat veranlasst - und nicht allein beruflich. Außerdem wäre eine Erhöhung der Pendlerpauschale finanzpolitisch kontraproduktiv, weil sie der unabdingbaren Haushaltskonsolidierung zuwiderläuft.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Die fiskalische Konsolidierung sollte derzeit Vorrang haben.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Der Staat profitiert schließlich erheblich von den hohen Spritpreisen und sollte die Arbeitnehmer, die pendeln müssen, steuerlich entlasten.

FRAGE

Angesichts der Insolvenz der Drogerie-Kette Schlecker hat sich der Finanz- und Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Nils Schmid, für staatliche Hilfen für die Beschäftigten ausgesprochen. Neben einer Verlängerung des Insolvenzgeldes ist auch die vollständige staatliche Finanzierung einer Transfergesellschaft im Gespräch. Die Regeln der BA sehen grundsätzlich eine Co-Finanzierung gemeinsam mit dem insolventen Unternehmen. Laut Schlecker-Insolvenzverwalter reicht die Insolvenzmasse für eine Beteiligung an einer möglichen Transfergesellschaft aber nicht aus. Sollte der Staat hier entsprechend eingreifen?

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Aber nur dann, wenn die Möglichkeit besteht, wenigsten Teile von Schlecker wieder auf privatwirtschaftlich gesunde Füße zu stellen. Grundsätzlich kann der Staat bei Unternehmensversagen nur temporär helfen.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Als Überbrückung ist dies geeignet. Mittelfristig dürften aber andere Anbieter einen Großteil der entlassenen Mitarbeiter aufnehmen.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Da ist nichts zu machen!

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Das ist ein ganz gewöhnlicher Konkurs, der sich noch dazu in einem für die Beschäftigten günstigen Marktumfeld abspielt. Viele Einzelhändler suchen händeringend nach Leuten. Für das Risiko der Arbeitslosigkeit haben wir eine Arbeitslosenversicherung und es bedarf keiner Sonderregelung für Schleckerleute. Worin sollte der Unterschied zu irgendwelchen anderen Arbeitslosen bestehen? Der Baden-Württembergische-Vorschlag ist purer Populismus und hat nicht die geringste Rechtfertigung.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist purer Populismus. Die sozialen Auffangnetze in Deutschland sind gut ausgebaut und sollten für alle Arbeitnehmer gleich sein.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Das Schlecker-Geschäft fällt doch nicht weg, nur sind es in Zukunft andere, die den Umsatz machen. So bitter es für die Angestellten ist, sehe ich keine Gründe für eine Extra-Wurst.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Das wäre ein weiterer ordnungspolitischer Fehltritt.



PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Der Job-Markt in Deutschland boomt. Gerade im Handel gibt es viele offene Stellen. Schlecker-Jobs gehören bekanntlich ja nicht zu den am besten bezahlten, insofern sind die Job-Alternativen für viele vernünftig gut.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Der Niedergang von Schlecker ist ausschließlich die Folge eines Missmanagements. Folglich sollten die Folgen nicht solidarisiert werden.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Der Präzedenzfall wäre ein Problem.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Der Staat ist nicht der Reparaturbetrieb deutlich falscher Unternehmensentscheidungen - und der Arbeitsmarkt ist gut genug, die Beschäftigten aufzunehmen.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die Aufgabe des Staates ist es nicht, Unternehmen zu retten oder im Insolvenzfall zu unterstützen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Die Insolvenz ist kein Grund, am Markt vorbei zu operieren.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Die Konjunkturlage in Deutschland ist sehr gut. Wann - wenn nicht in der Hochkonjunktur - soll der Arbeitsplatzwechsel erfolgen?

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik und Ko-Interimspräsident des IWH, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Die negativen Konsequenzen für die betroffenen Beschäftigten sollten allgemein vom Sozialversicherungssystem abgedeckt werden. Aber für ein staatliches Eingreifen im Einzelfall gibt es keine guten Gründe.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Eine Insolvenzhilfe des Staates ist ordnungspolitisch nicht geboten.



Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Eine vollständige staatliche Finanzierung von Transfergesellschaften sollte vermieden werden. Eine eigene Lex „Schlecker“ ist nicht angemessen.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Es gehört zum Wesen einer marktwirtschaftlichen Steuerung, dass schlecht geführte Unternehmen den Markt verlassen müssen. Dadurch sinken die Ausgaben für Drogerieprodukte nicht. Andere werden die Position Schleckers ausfüllen.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Es gibt hier kein Marktversagen. Die Mittel drohen verschwendet zu werden. Dass Schlecker insolvent ist, zeigt eher, dass der Marktmechanismus hier funktioniert.

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Es ist nicht Aufgabe des Staates, einzelnen Unternehmen bei (selbst verschuldeten) wirtschaftlichen Problemen unter die Arme zu greifen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Es ist nicht Aufgabe des Staates, genauer: des Steuerzahlers, für die Konsequenzen einer Unternehmensinsolvenz einzutreten. Das Arbeitslosengeld wird für einen Zeitraum gewährt, der den Beschäftigten genügend Möglichkeiten bietet, sich eine neue Stelle zu suchen. Die Entlassung von Arbeitnehmern zusammen in einer großen Gruppe unterscheidet sich aus der Sicht der Betroffenen überhaupt nicht von der Entlassung als Einzelfall z.B. in kleinen Betrieben, die schließen müssen, auch wenn davon mangels medialer Aufbereitung der Minister Schmid bestimmt keine Notiz nimmt.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Es kann nicht darum gehen, jedes insolvente Unternehmen zu retten.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Es kann nicht sein, dass neue Subventionen geschaffen werden. "Marktwirtschaft ohne Konkurse ist wie Christentum ohne Hölle."

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe des Staates, bei Insolvenzen einzugreifen, die in der Privatwirtschaft durch schlechtes Management entstehen, selbst wenn die Anzahl der betroffenen Beschäftigten relativ hoch ist. Noch dazu liegt hier keine starke regionale Konzentration vor, so dass auch unter regionalwirtschaftlichen Gesichtspunkten kein Eingreifen erforderlich scheint.



Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur",
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Ich bin gegen Einzelfalllösungen für bestimmte Unternehmen.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Ich bin generell gegen ein Eingreifen des Staates im Insolvenzfall, das über die normalen existierenden Instrumente hinausgeht, da dies eine Ungleichbehandlung der Arbeitnehmer bedeutet.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Ich denke doch, wir haben in Deutschland eine Marktwirtschaft? Dieser Salonsozialisten sollen besser nach Nordkorea oder Kuba gehen.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Im marktwirtschaftlichen System sind Insolvenzen ein Teil der Spielregeln. Eine Unterversorgung der Bevölkerung mit Drogerieartikeln ist selbst bei einer Marktberreinigung durch eine Schlecker-Insolvenz nicht zu befürchten.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle
Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

In Ausnahmefällen kann man ein Eingreifen rechtfertigen. Langfristig entsteht ein Glaubwürdigkeitsproblem - insofern ist es angebracht, extrem vorsichtig bei solchen Entscheidungen zu sein.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Ist Schlecker systemrelevant?

Prof. Dr. Michael Roos Lehrstuhl für Makroökonomik , Ruhr-Universität Bochum:

Schlecker hat falsch gewirtschaftet und muss die Konsequenzen dafür tragen. Es wäre völlig falsch, wenn der Staat das unternehmerische Risiko übernimmt. Diese Diskussion hatten wir doch gerade erst im Zusammenhang mit den Banken! Von diesen können aber, im Gegensatz zu Schlecker, Systemeffekte ausgehen.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Schlecker hat keine systemische Relevanz.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Schlecker ist durch schlechte Management insolvent geworden. Schlecker hat keine staatstragende Funktion. Es gibt die Arbeitslosenversicherung und staatliche Umschulungsangebote. Damit entfällt die Grundlage für ein zusätzliches Eingreifen des Staates.



Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Schleckers Probleme sind durch ungeschickte Geschäftspolitik hausgemacht. Hilfen für Schlecker würden die Wettbewerbsposition seiner leistungsfähigen Konkurrenten mindern.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Wenn ein Unternehmen insolvent ist, sollten die Marktkräfte darüber entscheiden, ob und wie es weitergeht und nicht die Politik.